



University
of Basel

Institute for
European Global Studies



EUROPAINSTITUT
Institute for European Global Studies

NEWSLETTER

April 2018 | Nr. 119

Grusswort

Liebe Leserinnen und Leser

Seit seiner Gründung beschäftigt sich das EuropaInstitut mit den vielschichtigen Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa. Diese Ausgabe des Newsletters ist der komplexen Thematik der derzeit zwischen der Schweiz und der EU verhandelten sogenannten institutionellen Fragen gewidmet. Im Editorial nimmt Prof. Rolf Weder Stellung zum Vorwurf des „Rosinenpickens“ und zieht dabei Parallelen zum EU-Austritt des Vereinigten Königreichs. Der für das EU-Dossier zuständige Staatssekretär Dr. Roberto Balzaretto erläuterte im Rahmen eines vom EuropaInstitut veranstalteten Europakolloquiums die Verhandlungsposition der Schweiz und betonte, wie wichtig geordnete vertragliche Beziehungen seien.

Staatssekretär Balzaretto traf in der Aula auf ein interessiertes Publikum, das sich über die Zukunft einer schweizerischen Partizipation am Bildungsprogramm der EU (Erasmus+) sorgte. Dabei stellte sich heraus, dass die vom EuropaInstitut gepflegte Strategie des Austausches mit ähnlich ausgerichteten Forschungsinstitutionen weltweit wohl nochmals an Bedeutung gewinnen könnte. Auf Seite 4 können Sie sich darüber informieren, wie das EuropaInstitut die Mobilität unserer Studierenden fördert. Durch die Unterstützung des Förder- und Alumnivereins und der Philosophisch-Historischen Fakultät konnte das EuropaInstitut eine Praktikumsstelle besetzen. Miriam Flury, unsere erste Praktikantin, erläutert die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes für Studierende des Masters European Global Studies. Wir freuen uns, sie und weitere neue Mitarbeitende vorstellen zu können.

Erstmals erhalten Sie den Newsletter in elektronischer Form – wir würden uns sehr freuen, wenn Sie den virtuellen Raum ausloten und die Lektüre mit einem Besuch unserer neuen Website verbinden könnten!

Herzlich allen einen schönen Frühling wünschend

Madeleine Herren-Oesch
Direktorin des EuropaInstituts

Inhalt

Editorial

Hört auf mit dem Vorwurf des „Rosinenpickens“!

Hintergrund

Europakolloquium mit Staatssekretär Roberto Balzaretto
Internationale Partnerschaften

Aktuelles

Exkursion der Studierenden
Tobler/Beglinger-Brevier
Weitere Meldungen

Personalia

Ina Serif
Miriam Flury
Divya Balan

Veranstaltungen

Diverse Europakolloquien

Impressum

Herausgeber des Newsletters
ist das EuropaInstitut der
Universität Basel mit seinem
Förder- und Alumniverein.

T +41 61 207 48 67
europa@unibas.ch
www.europa.unibas.ch



Hört auf mit dem Vorwurf des „Rosinenpickens“!

Das Argument war noch nie gut. Und doch hat es zurzeit Hochkonjunktur. Die Schweiz, und auch England, seien (verwerfliche) Rosinenpicker. „Die Schweiz müsse sich endlich verpflichten und könne nicht nur das herausnehmen, was ihr passe“ – so der französische Präsident am WEF in Davos. Oder der Regierungschef Portugals: „In der Beziehung der Schweiz zur EU verhält es sich wie in einer Ehe. (...). Wenn die eine Seite nur die Rosinen herauspickt, funktioniert die Beziehung nicht mehr.“ (bz, 31.1.2018). Auch eine Sprecherin der EU-Kommission reagierte auf die jüngsten EU-politischen Vorschläge des Bundesrates postwendend, dass es „keine Rosinenpickerei geben dürfe“ (NZZ, 6.3.2018). Nicht viel anders tönt es jeweils aus Brüssel zu den Vorschlägen Englands, dessen Premierministerin in ihrer kürzlichen Rede in weiser Vorahnung (freilich ohne Wirkung) gleich selber feststellte: „Wenn das Rosinenpicken ist, dann ist jeder Handelsvertrag Rosinenpicken“ (NZZ, 3.3.2018).

Eine mögliche Reaktion auf diese Vorwürfe ist der Hinweis, dass die andere Seite sich kaum anders verhält. So verlangte die EU vom Drittland Schweiz beim Abschluss der Bilateralen Verträge I die schrankenlose Personenfreizügigkeit als Bedingung für einen verbesserten (wohlgemerkt: keinen vollen!) Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt, was sie sogar mit der berühmten Guillotine-Klausel untermauerte. Heute will sie die Zukunft des Bilateralismus Schweiz-EU an die Existenz eines Rahmenvertrags knüpfen. Ähnlich wies der EU-Ratspräsident, wie von Theresa May in ihrer Rede erwartet, darauf hin, dass der gegenseitige Zugang zu den Fischgründen auf

jeden Fall erhalten werden müsse – wobei es der EU primär darum geht, dass Fischer aus dem EU-Raum in britischen Fischgründen weiterhin fischen dürfen. Auch die EU kennt also Rosinen, die sie gerne picken oder nicht verlieren möchte. Dass für die andere Seite diese Rosinen jeweils als „Kröten“ empfunden werden, die es unter Umständen zu schlucken gilt, liegt in der Natur der Sache. Die EU tut aber so, dass nur die anderen jeweils Rosinen picken wollen, während sie ja nur die „Integrität des Binnenmarktes“ bewahren oder andere vornehme Ziele verfolgen würde.

Warum beobachten wir aber diese sich immer wieder neu entfachende Rhetorik zur Rosinenpickerei, welche Beat Spirig und mich vor einiger Zeit dazu bewogen haben, den Begriff in den Titel unserer Überlegungen zum Verhältnis Schweiz-EU aufzunehmen?¹ Die Antwort: Weil, bildlich gesprochen, die EU mit dem Binnenmarkt de facto einen Zaun um ihren Garten errichtet hat, der insbesondere in den direkt angrenzenden Nachbarländern den Zugang relativ stark behindert. Der Binnenmarkt führt nämlich zu einer Diskriminierung der Exporteure aus Drittländern. Firmen mit Standort Schweiz werden so zum Beispiel gegenüber deutschen Firmen benachteiligt, wenn es darum geht, in Länder wie Frankreich, Italien oder Spanien zu exportieren. In der Handelstheorie spricht man von „Trade Diversion“ (Handelsumlenkung). Dieser Effekt schädigt Drittländer. Mit der Schaffung des multilateralen Handelssystems (GATT) wollte man genau diese Handelsverzerrun-

¹ Beat Spirig und Rolf Weder (2011), *Von Rosinen und anderen Spezialitäten. Die Schweiz und die EU*, Zürich: NZZ-Libro.

gen vermeiden. Insbesondere die europäischen Drittländer wie die Schweiz und (bald auch) England sind aus wirtschaftlichen Gründen also fast gezwungen, alles daran zu setzen, die Diskriminierung gegen ihre Exportfirmen einigermaßen in Grenzen zu halten. Sie versuchen deshalb auch laufend, mit den von der EU gepickten neuen Freihandelspartnern ebenfalls Freihandelsabkommen abzuschliessen. Dass sie dabei als Nicht-Mitglieder der EU kein Interesse an den zahlreichen Projekten der politischen Integration (gemeinsame Agrarpolitik, Währungsunion etc.) haben, ist nicht überraschend. Sie aber deshalb als Rosinenpicker zu bezeichnen, mutet vor diesem Hintergrund ziemlich arrogant an.

Eine alternative Reaktion könnte also auch lauten: „Ihr seid das Problem, nicht wir“. Hören wir also auf mit dem Vorwurf des Rosinenpickens. Er ist sachlich unangebracht und birgt die Gefahr, die an sich guten nachbarschaftlichen Verhältnisse in Europa zu vergiften.



*Autor:
Rolf Weder, Professor für Aus-
senwirtschaft und Europäische
Integration, Universität Basel.*



Nach dem Vortrag von Staatssekretär Roberto Balzaretto eröffnete Prof. Christa Tobler die Diskussion mit dem Publikum.

„Geordnete vertragliche Beziehungen sind notwendig“ – Europakolloquium mit Staatssekretär Roberto Balzaretto

Am 26. März sprach Staatssekretär Roberto Balzaretto über die aktuellen Herausforderungen in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Hintergrund der vom Europainstitut organisierten Veranstaltung sind die laufenden Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen, das die Funktionsweise bestehender und künftiger Marktzugangsabkommen sichern soll. Seit Anfang Februar ist Dr. Balzaretto Direktor der Direktion für europäische Angelegenheiten im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie Koordinator der Verhandlungen mit der EU. In der gut gefüllten Aula des Kollegienhauses erläuterte der ehemalige Schweizer Chefdiplomat bei der EU seine Verhandlungsmaxime: Unter Wahrung der Schweizer Interessen müssten Kompromisse mit der EU gefunden werden, um das Ziel „geordneter vertraglicher Beziehungen“ zu erreichen.

Zunächst zeichnete der Staatssekretär ein Bild der Schweiz – geographisch als auch politisch mitten im westlichen Europa. Dabei be-

tonte er die gemeinsamen Werte, die sich im Verfassungsverständnis und in der Aussenpolitik wiederfinden, was bei anderen internationalen Partnern nicht immer der Fall sei. Als Beispiel nannte er die sogenannte Kohäsionsmilliarde, die nicht nur ein Ausdruck der Solidarität, sondern auch des schweizerischen Interesses am Zusammenhalt des Kontinents sei. Der Kohäsionsbeitrag ermögliche es der Schweiz, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen auch nach Osteuropa auszuweiten. Auch wenn globale Handelspartner für die Schweiz immer wichtiger würden, ändere dies aber mittelfristig nichts daran, dass die Grenzregionen auf EU-Seite nach wie vor die wichtigsten Handelspartner der Schweiz seien. Beispielsweise sei Baden-Württemberg für die Schweiz wirtschaftlich genauso wichtig wie China.

Anschliessend erläuterte Dr. Balzaretto die bestehenden vertraglichen Beziehungen und gab einen kurzen Überblick über neue, noch zu verhandelnde sektorische Ab-

kommen. Um den bilateralen Weg der Schweiz auch in Zukunft abzusichern, wird derzeit über die sogenannten institutionellen Fragen verhandelt. Ein zentraler Aspekt ist die fortlaufende Äquivalenz von schweizerischem und EU-Recht. Schliesslich ist dieses Element, wie der Staatssekretär betonte, entscheidend für den diskriminierungsfreien Zugang Schweizer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt. Bedenken, wonach dieser Prozess mit einem Souveränitätsverlust einhergehe, wies er am Beispiel eines Smartphones anschaulich zurück: Mit dem Kauf willige man ein, immer wieder Updates durchzuführen, da sonst die Funktionsfähigkeit des Telefons immer weiter eingeschränkt würde, bis es schlussendlich nicht mehr funktioniere. Der Nutzer habe jedoch die Wahl, ob er ein bestimmtes Update tatsächlich installieren wolle. Im institutionellen Abkommen werde sich die Schweiz demnach zum sogenannten dynamischen, nicht aber zum automatischen, Aufdatieren verpflichten. Da die internen Rechtssetzungsverfahren geachtet

HINTERGRUND

würden, könne der Schweizer Souverän auch gegen die Übernahme stimmen. Nach dem Willen des Bundesrates würden Streitfälle von einem Schiedsgericht überprüft. In diesem Zusammenhang kritisierte Staatssekretär Balzaretto die Diskussion um die sogenannten „fremden Richter“, da das Attribut „fremd“ schliesslich die Unabhängigkeit der Richter andeute.

In der anschliessenden Diskussion interessierte sich das Publikum insbesondere für die Teilnahme der Schweiz an den EU-Bildungsprogrammen. Dazu zählt das Erasmus-Programm, das Aus-

landssemester an europäischen Universitäten fördert. Seit der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“ im Februar 2014 nimmt die Schweiz nicht mehr direkt am Erasmus+ Programm teil und eine Weiterführung wird seitens der Schweiz nicht angestrebt. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass im Interesse der Studierenden Alternativen gefunden werden müssen. Bilaterale Abkommen erhalten angesichts dieser Entwicklung eine zusätzliche Bedeutung. Über die Partnerschaften des Europainstituts können Sie sich im unten stehenden Artikel informieren.



*Autorin:
Marie-Jeanne Semnar, Hilfsassistentin am Europainstitut.*



Eine spannende Zeit verspricht ein Auslandsaufenthalt an der ADA University in Baku.



Demnächst können Studierende ein Semester an der Jagiellonian University in Krakau verbringen.

Die internationale Vernetzung des Europainstituts wächst

Das Interesse der Studierenden an Auslandssemestern ist ungebrochen. Inzwischen kann unser Institut bereits vier internationale Partneruniversitäten vorweisen. Zwei neue Austauschabkommen werden ausserdem in den nächsten Wochen unterzeichnet. Studierende des Europainstituts können bald Auslandsemester in Deutschland, Polen, Indien, Aserbaidschan und Marokko planen.

Viele Absolventinnen und Absol-

venten des Masterstudiengangs European Global Studies arbeiten nach ihrem Abschluss bei staatlichen Stellen oder in internationalen Organisationen und Unternehmen. Auslandserfahrung ist für diese Stellen oft eine unbedingte Voraussetzung. Das Europainstitut hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, seine Studierenden zu einem Auslandssemester während des Studiums zu ermutigen und ihnen ein spannendes Portfolio an Partneruniversitäten anzubieten.

Seit längerem kooperiert das EIB mit der Universität Heidelberg. An der ältesten Universität Deutschlands können unsere Studierende aus dem ausgesprochen reichhaltigen Angebot des Heidelberg Centre for Transcultural Studies wählen.

Im Herbst 2015 hat das Europainstitut ein weiteres Austauschabkommen mit der rund 45 Kilometer nördlich von Neu-Delhi (Indien) gelegenen O.P. Jindal Global University abgeschlossen.

AKTUELLES

Diese noch sehr junge Universität wurde 2009 mit dem Ziel gegründet, global orientiertes Lernen in den Sozialwissenschaften zu fördern. Die Kooperation des Europainstituts besteht mit der Jindal School of International Affairs. Drei unserer Studierenden haben bereits ein Auslandssemester dort verbracht und erzählen noch heute von der besonderen Erfahrung, in eine völlig andere Welt eintauchen zu können.

Noch relativ neu ist das Abkommen mit der Al Akhawayn University in Ifrane (Marokko), das im November 2017 unterzeichnet wurde. Im Herbst 2018 wird bereits eine Studentin des EIB an der dortigen

School of Humanities and Social Sciences studieren. Die Al Akhawayn University wurde 1995 nach Vorbild eines amerikanischen Liberal Arts College gegründet und zählt zu den Besten des Landes. Im Januar 2018 wurde dann der vierte Austauschvertrag unterzeichnet, diesmal mit der School of Public and International Affairs an der ADA University in Baku (Aserbaidschan). Diese neue Partnerschaft ist bei unseren Studierenden sofort auf besonders grosses Interesse gestossen: Im Frühjahr 2019 werden zwei von ihnen nach Baku gehen. Besonders reizvoll ist für sie die Lage Bakus im Herzen der geopolitisch hochinteressanten Kaukasusregion.

Zwei weitere Verträge stehen ausserdem unmittelbar vor der Unterzeichnung: Eine Kooperation mit dem Global and European Studies Institute in Leipzig (Deutschland), das besonders durch seine fachliche Nähe zu unserem Studiengang besticht, und ein Vertrag mit dem Centre for European Studies an der Jagiellonian University in Krakau (Polen). Ganz besonders freuen wir uns auch auf die Incoming-Studierenden aus all diesen Ländern!

Autorin:

Miriam Flury, Praktikantin am Europainstitut.



Exkursion der Studierenden nach Bern

Am 21. März unternahmen rund 20 Studierende des Europainstituts zum ersten Mal eine Exkursion zu verschiedenen Institutionen in Bern. Der Tag startete mit einem Besuch bei der EU-Delegation, wo uns der erste Botschaftsrat Marco Dürkop gemeinsam mit Policy Assistant Katharina Burren und Vanessa Wild, Praktikantin und Studentin am Europainstitut, begrüßte. Aus der Perspektive der EU-Diplomatie wurde uns ein Ein-

blick in die Verhandlungen zum Rahmenabkommen gegeben. Die Gastgeber erläuterten, dass die Auswirkungen des bevorstehenden Brexit auf die Verhandlungen mit der Schweiz eher gering seien. Schliesslich informierten sich die Studierenden über die Arbeitsweise der EU-Delegation und die Arbeitsteilung mit den Brüsseler Institutionen.

Nach dem Mittagessen trafen die

Studierenden im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) Dr. Christoph Spenlé, stellvertretender Sektionschef Menschenrechte, und Frédéric Chenais, der in der Abteilung Menschliche Sicherheit an der Umsetzung der UN Guiding Principles on Business and Human Rights arbeitet. Im Zentrum dieser Präsentation stand die Frage, ob und inwiefern transnationale Unternehmen eine menschenrechtliche Verpflichtung haben. Auch die aktuelle Debatte um Datensicherheit und Grundrechte kam in diesem Kontext auf und sorgte noch nach dem Besuch für Diskussionen.

Zum Abschluss besuchten die Studierenden die Botschaft der Vereinigten Staaten. Public Affairs Officer Tanya Ward und der Schweizer Mitarbeiter Alexander Sigrist erzählten uns dort von der Arbeit in der Botschaft und dem amerikanischen diplomatischen Dienst. Interessant war, wie intensiv die Botschaft mit Schweizer Bildungseinrichtungen zusammenarbeitet, um ein umfassendes Bild der USA zu vermitteln.

Aktualisierte Fassung des Tobler-Beglinger-Breviers zum institutionellen Abkommen Schweiz-EU [\[pdf\]](#)

Im vergangenen Jahr haben Prof. Christa Tobler und Jacques Beglinger, D.E.S.S., ein Brevier zum institutionellen Rahmen der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union veröffentlicht. Die kostenlos verfügbare online-Publikation wurde nun aktualisiert, unter anderem um Informationen zum geplanten Mechanismus zur Streitschlichtung.

Die Schweiz und die Europäische Union (EU) verhandeln seit dem Frühling 2014 über ein „institutionelles Rahmenabkommen“ zu wichtigen Teilen des bilateralen Rechts. Man spricht auch von den „institutionellen Fragen“, einem „institutionellen Abkommen“, einem „Konsolidierungsabkommen“ und neuerdings – seit Anfang 2018 – manchmal auch von einem „Marktzugangsabkommen“. Die

Terminologie ist uneinheitlich. Im März 2018 nahm der Bundesrat eine neue Standortbestimmung vor und präziserte das schweizerische Verhandlungsmandat.

Das Thema erscheint regelmässig in den Medien und ist zum Teil umstritten. Dementsprechend unterschiedlich wird die Sachlage dargestellt – mit der Folge, dass unklar bleibt, worum es denn eigentlich genau geht. Das vorliegende Brevier versucht, wichtige, immer wiederkehrende Diskussionspunkte zu klären und so zum besseren Verständnis der komplexen Thematik beizutragen.

Nachdem der Bundesrat Anfang März 2018 sein Mandat für die institutionellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU präzisiert hat und nun neu auf einen

Streitbeilegungsmechanismus mit einem Schiedsgericht umschwenken will, haben Christa Tobler und Jacques Beglinger das Brevier über das institutionelle Rahmenabkommen vom August 2017 überarbeitet und vor allem aufdatiert.

Die Neuerungen betreffen in erster Linie den Teil über die Streitschlichtung (49. Frage ff.). Dort findet sich bei der 69. Frage auch eine Graphik über den Ablauf des Streitbeilegungsmechanismus mit Schiedsgericht. Die übrigen Neuerungen betreffen im Wesentlichen die staatlichen Beihilfen (25. Frage), den Grundsatz der Autonomie der EU-Rechtsordnung (55. Frage), die Börsenäquivalenz (79. Frage f.) und Brexit (Streitschlichtung im Entwurf des Austrittsvertrags; 82. Frage).

Christa Tobler in Sachen Brexit im House of Lords in London

Das EU Komitee des britischen Oberhauses (House of Lords) hielt am 27. Februar 2018 eine [Anhörung zum Thema Brexit und Streitschlichtung ab](#). Christa Tobler wurde dazu als Expertin eingeladen.

In der Anhörung ging es um Modelle für die Streitschlichtung mit Bezug auf Brexit-Abkommen des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland mit der EU, beispielsweise mit Blick auf Austrittsabkommen oder Abkommen über die künftigen Beziehungen. Ein Themenbereich, bei dem sich zum Teil ähnliche Fragen stellen, wie in den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die sogenannten institutionellen Fragen (Rahmenabkommen).

Neuer Web-Auftritt für das Europainstitut Basel

Die Webseite des Europainstituts erscheint in neuem Design: Auf der grundlegend überarbeiteten Seite im modernisierten Layout können sich die Besucherinnen und Besucher umfassend über die Forschung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Studienangebot unseres Instituts informieren.

Für den Relaunch der Seite wurden die Inhalte an vielen Stellen neu strukturiert, aktualisiert und erweitert: So erlaubt beispielsweise die Rubrik Forschung nun noch tiefere Einblicke in die wissenschaftlichen Projekte am Institut und zeigt auf, wie diese Arbeit zu einem besseren Verständnis Europas und der Schweiz im globalen Kontext beiträgt. Studierende und Studieninteressierte können sich in der Rubrik Studium über den Masterstudien-

gang European Global Studies und das neu eingerichtete Promotionsfach European Global Studies informieren und einen Einblick in den Alltag unserer Studierenden und Alumni gewinnen.

Darüber hinaus enthält die Seite Informationen über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, über das E-Journal „Global Europe – Basel Papers on Europe in a Global Perspective“ sowie über die Community des Instituts und Veranstaltungsformate für die Öffentlichkeit.

Wir freuen uns über Rückmeldungen und Anregungen. Ihre Fragen und Hinweise zum neuen Webauftritt senden Sie am besten per E-Mail an europa@unibas.ch.

Neue Mitarbeiterin: Ina Serif

Ina Serif ist seit März wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Global Information at a Glance: Power, Law, and Commerce through the Lens of Asia Directories“. Sie hat Geschichte, Germanistik und Italienisch an der Universität Freiburg i. Br. und der Università degli Studi Roma Tre studiert. Von 2013 bis 2017 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Das Konzil im Gedächtnis der Stadt“ am Historischen Seminar der Universität Freiburg, wo sie ihre Doktorarbeit über spätmittelalterliche His-

toriographie angefertigt hat.

Neben mittelalterlichen interessiert sie sich für digitale Formen der Wissensvermittlung, und in Zusammenarbeit mit dem Research Navigator arbeitet sie an der Entwicklung von automatisierten und manuellen annotationsbasierten Datenextraktionsworkflows für die Asia Directories. Sie ist Teil der internationalen Zusammenarbeit mit Data Futures und der Universität Aix-Marseilles.



Neue Praktikantin: Miriam Flury

Miriam Flury arbeitet seit Januar 2018 als Praktikantin in der Studienkoordination des Europainstituts, wo sie die Arbeiten rund um die Studierendenbetreuung, die Öffentlichkeitsarbeit oder die Pflege zu Partneruniversitäten unterstützt. Im Sommer 2017 hat Miriam Flury den Masterstudiengang European Global Studies abgeschlossen. Anschliessend hat sie für 7 Monate für eine Mutterschaftsvertretung

beim Schweizerischen Städteverband als wissenschaftliche Mitarbeiterin gearbeitet, bevor sie für das Praktikum zum Europainstitut gewechselt hat.



New Visiting Fellow: Divya Balan

Divya Balan is assistant professor of International Studies at the Department of Social Sciences of FLAME University in India. She is a Political Science graduate and has her Masters and M.Phil. in International Relations. She has received her Doctoral Degree in European Studies from the prestigious Jawaharlal Nehru University, New Delhi, India. Dr. Divya Balan has authored several articles in research journals, contributed chapters to books and monographs and has also presented research papers in numerous national/international conferences.

Her research interests are in international and domestic migration, migration policy, Indian diaspora, diaspora politics, European integration, as well as the disciplinary histories of International Relations and European Studies.

As a Visiting Fellow at the Institute for European Global Studies, Divya will be working on the topic “Teaching and Researching on European Studies in Indian Universities: A Participant Observation Approach to Understand the State of European Studies Outside Europe.”



Veranstaltungen

11.04.18, 18:15-19:45 Uhr: Europakolloquium mit Martin Schulze Wessel, Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Thema: „Der Prager Frühling - Laboratorium einer neuen Welt“

Veranstaltungsort: Departement Geschichte, Seminarraum 1

26.09.18, 18:15-19:45 Uhr: Europakolloquium mit Michael Matthiessen, Botschafter der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Thema und Veranstaltungsort werden noch bekanntgegeben.

06.11.18, 18:15-19:45 Uhr: Europakolloquium mit Aram Mattioli, Professor für Geschichte der Neuesten Zeit an der Universität Luzern

Das Thema wird noch bekanntgegeben.

Veranstaltungsort: Europainstitut, Hörsaal (UG)

Impressum

Der Newsletter erscheint vierteljährlich und wird künftig in elektronischer Form versandt. Zum Abonnement, oder falls Sie Ihr Exemplar weiterhin gedruckt erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an europa@uni-bas.ch.

Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe:
Sebastian Meyer

Weitere AutorInnen dieser Ausgabe:
Madeleine Herren-Oesch,
Rolf Weder, Marie-Jeanne Semnar, Miriam Flury, Ina Serif, Divya Balan

Über das Europainstitut

Das Europainstitut ist ein interdisziplinäres Forschungsinstitut der Universität Basel. Es untersucht die Entwicklung Europas im globalen Kontext. In den übergreifenden Forschungsfeldern Gesellschaft, Recht, Geschichte und Wirtschaft werden Herausforderungen und Chancen der globalen Vernetzung Europas aufgezeigt. Die Ergebnisse werden in Büchern, Aufsätzen und dem E-Journal „Global Europe - Basel Papers on Europe in a Global Perspective“ publiziert sowie bei Veranstaltungen präsentiert.

Der Masterstudiengang European Global Studies befasst sich mit Europa in globaler Perspektive und kombiniert Themen und Methoden der Rechts-, Wirtschafts-, Politik- und Geschichtswissenschaft. Das Programm bietet eine wissenschaftliche und zugleich praxisorientierte Ausbildung, die für Tätigkeiten im privaten und öffentlichen Sektor, insbesondere in der nationalen und internationalen Verwaltung, in Wirtschaft und Politik sowie in der Forschung qualifiziert.

Getragen wird das 1993 gegründete Institut von der Universität Basel und unterstützt von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kultur. Direktorin des Europainstitutes ist die Historikerin Prof. Madeleine Herren-Oesch.